

Die vertrauensvolle  
Zusammenarbeit  
zwischen Arbeitgeber  
und Betriebsrat gemäß  
§ 2 Abs. 1 BetrVG

von

Dr. Ralph Lothar Weber

Juristische Gesamtbibliothek  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt

B 48 294

Decker & Müller  
Heidelberg

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	VII
----------------------	-----

## **1. Kapitel: Einleitung und geschichtlicher Überblick**

§ 1: <i>Einleitung</i> .....	1
I. Vorbemerkung .....	1
II. Gang der Untersuchung .....	2
III. Ausgliederung .....	4
§ 2: <i>Bedeutung der historischen Betrachtung</i> .....	4
§ 3: <i>Betriebsverfassung bis zum Jahre 1952</i> .....	6
I. Entwicklung bis zum Betriebsrätegesetz von 1920 .....	6
1. Fabrikherrschafftliche Betriebsverfassung (bis 1890) ....	6
2. Erste Arbeiterausschüsse (1891—1920) .....	6
3. Verhältnis von Arbeitgeber und Betriebsrat bis 1920 ....	7
4. Zwischenergebnis .....	8
II. Betriebsrätegesetz 1920 .....	8
1. Zentralarbeitsgemeinschaft .....	8
2. Betriebsrätegesetz 1920 .....	9
III. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit .....	11
§ 4: <i>Vom BetrVG 1952 zum BetrVG 1972</i> .....	12
I. BetrVG 1952 .....	12
II. BetrVG 1972 .....	14
§ 5: <i>Zusammenfassung</i> .....	15

## **2. Kapitel: Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Betriebspartner gemäß § 2 Abs. 1 BetrVG**

§ 6: <i>Überblick</i> .....	16
§ 7: <i>Die geforderte Handlung — vertrauensvolle Zusammenarbeit</i> ..	16
I. Zusammenarbeit .....	16
II. Vertrauensvoll .....	19
1. Definitionsversuch des Begriffs Vertrauen .....	20
2. Vertrauen im Recht .....	23
3. Vertrauen in § 2 Abs. 1 BetrVG .....	24
III. Folgerungen für die Normanwendung .....	27

§ 8: <i>Vertrauensvolle Zusammenarbeit und wirkungsvolle</i>	
<i>Interessenvertretung</i> .....	28
I. Interessengegensatz .....	28
1. Ausgangslage .....	28
2. Historischer Gegensatz .....	29
3. Materieller Gegensatz .....	30
4. Hierarchischer Gegensatz .....	31
II. Interessenparallelität .....	32
III. Vertrauensvolle Zusammenarbeit und wirksame	
Interessenvertretung durch den Betriebsrat .....	33
1. Kein Ausschluß wirkungsvoller Interessenvertretung ....	34
2. Leugnung der Interessengegensätze .....	34
3. Partielle Einschränkung der Interessenvertretung .....	35
IV. Ergebnis .....	37
§ 9: <i>Verpflichtende Rechtsnatur des Grundsatzes der vertrauensvollen</i>	
<i>Zusammenarbeit</i> .....	38
I. Unabdingbare Verpflichtung der Betriebspartner,	
einander zu vertrauen .....	38
II. Rahmenvorgabe .....	39
III. Folgerung .....	40
§ 10: <i>Zusammenfassung</i> .....	41

### **3. Kapitel: Ziel und Grenzen der Zusammenarbeit**

§ 11: <i>Überblick</i> .....	43
§ 12: <i>Betriebsbegriff</i> .....	43
I. Allgemeiner arbeitsrechtlicher Betriebsbegriff .....	44
II. Betriebsverfassungsrechtlicher Betriebsbegriff .....	44
1. Einheitlicher Inhaber .....	44
2. Einheitlicher arbeitstechnischer Zweck .....	45
3. Einheitliche technische Leitung .....	45
4. Räumliche Einheit .....	46
5. Einheit der Entscheidung in mitbestimmungsrechtlichen	
Angelegenheiten .....	47
6. Beschäftigung von Arbeitnehmern .....	47
III. Ergebnis .....	47
§ 13: <i>Begriff des Betriebswohls</i> .....	48
I. Vorüberlegung .....	48
II. Betriebswohl als Teilunternehmenswohl .....	48
III. Wohl des Betriebs als Wohl des Arbeitgebers/ Unternehmers .....	50

IV. Wohl des Betriebs als von den im Betrieb vereinigten	
Interessen unabhängiger Größe .....	51
1. Wortlaut .....	51
2. Parallele im Unternehmensrecht .....	51
3. Verstoß gegen § 5 Abs. 3 BetrVG .....	53
V. Wohl des Betriebs als Summe aller im Betrieb beteiligten	
Interessen .....	53
VI. Ergebnis .....	54
<i>§ 14: Inhaltliche Konkretisierung des Betriebswohls .....</i>	<i>54</i>
I. Überblick .....	54
II. In den Betriebswohlbegriff eingehende Interessen .....	55
1. Interesse des Arbeitgebers .....	55
a) Grundsatz: Arbeitgeberinteressen als Teil des Betriebswohls .....	55
b) Interessenrichtung .....	57
2. Interessen der Arbeitnehmer .....	57
a) Grundsatz: Arbeitnehmerinteressen als Teil des Betriebswohls .....	57
b) Interessenrichtung .....	58
3. Interessen der Betriebsverwaltung .....	58
4. Allgemeininteressen .....	58
5. Sonstige Interessen .....	59
a) Wettbewerber .....	59
b) Lieferanten, Abnehmer und Verbraucher .....	59
c) Gläubigerinteressen .....	60
III. Inhalt .....	60
1. Erhaltungsinteresse .....	60
2. Weiterer Inhalt .....	61
a) Nichtdefinierbarkeit .....	61
b) Klärungsprozeß durch die Rechtsprechung .....	61
c) Ermessensspielraum .....	62
IV. Ergebnis .....	62
<i>§ 15: Wohl der Arbeitnehmer .....</i>	<i>63</i>
I. Überblick .....	63
II. Wohl aller Arbeitnehmer .....	63
1. Problem .....	63
2. Fehlende Legitimation .....	64
3. Inhaltliche Konturlosigkeit .....	64
4. Interessengegensätzlichkeit .....	65
5. Sprachliche Gründe .....	65
6. Zwischenergebnis .....	65
III. Wohl der einzelnen Arbeitnehmer .....	65

1. Bedeutung .....	65
2. Inhaltliche Konkretisierung .....	67
IV. Ergebnis .....	67
§ 16: <i>Gemeinwohlbindung</i> .....	68
I. Überblick .....	68
II. Bedeutung der Gemeinwohlklausel in § 49 Abs. 1 BetrVG 1952 .....	68
III. Gründe für die Streichung der Gemeinwohlklausel .....	70
1. Entsprechende Regelungen im Aktiengesetz .....	70
2. Begriffliche Unbestimmtheit .....	71
3. Neue Konfliktquelle .....	72
4. Zwischenergebnis .....	72
IV. Bindung der Betriebspartner an das Gemeinwohl trotz der Streichung? .....	73
1. Herrschende Meinung .....	73
2. Einfluß des Sozialstaatsprinzips .....	73
V. Ergebnis .....	75
§ 17: <i>Zusammenfassung</i> .....	75

#### **4. Kapitel: Anwendungsbereich des Grundsatzes der vertrauensvollen Zusammenarbeit**

§ 18: <i>Überblick</i> .....	77
I. Problemstellung .....	77
II. Gang der Untersuchung .....	78
§ 19: <i>Betriebliche Einrichtungen auf Arbeitnehmerseite</i> .....	78
I. Betriebsrat als Gremium .....	78
II. Einzelne Betriebsratsmitglieder .....	78
1. Betriebsratsmitglieder und ihr Verhältnis zum Arbeitgeber .....	79
a) Herrschende Meinung .....	79
b) Widerlegung dieser Begründung .....	79
c) Eigene Ansicht .....	80
d) Folgerung .....	81
2. Verhältnis der Betriebsratsmitglieder untereinander .....	81
a) Herrschende Meinung .....	81
b) Eigene Ansicht .....	82
3. Zwischenergebnis .....	83
III. Ersatzmitglieder .....	83
1. Gleichstellung mit nicht freigestellten Betriebsrats- mitgliedern .....	83
2. Eigene Auffassung .....	84

3. Zwischenergebnis .....	84
IV. Betriebsratsfraktionen .....	85
V. Betriebsratsausschüsse .....	85
1. Betriebsausschuß .....	85
a) Betriebsausschuß bei Wahrnehmung der laufenden Geschäfte des Betriebsrats .....	85
b) Betriebsausschuß als beschließender Ausschuß .....	86
c) Zwischenergebnis .....	87
2. Beratende Ausschüsse .....	87
3. Weitere beschließende Ausschüsse .....	87
4. Sonstige Betriebsratsausschüsse .....	88
5. Zwischenergebnis .....	88
VI. Wahlvorstand und Wahlbewerber .....	88
1. Wahlvorstand als Gremium .....	88
2. Einzelne Mitglieder des Wahlvorstands .....	89
3. Wahlbewerber .....	89
a) Grundsatz .....	89
b) Rechtsstellung .....	89
c) Schutz der Wahlfreiheit .....	90
4. Zwischenergebnis .....	91
VII. Jugendvertretung und deren Mitglieder .....	91
1. Jugendvertretung als Gremium .....	91
a) Herrschende Meinung .....	91
b) Gegenargumente .....	92
aa) Argumentum e contrario aus § 65 BetrVG .....	92
bb) Konkretisierung durch § 74 Abs. 2 Satz 3 BetrVG .....	92
cc) Funktion und Bedeutung der Jugendvertretung .....	93
c) Eigene Ansicht .....	94
d) Zwischenergebnis .....	95
2. Einzelne Mitglieder der Jugendvertretung .....	96
3. Ergebnis .....	96
VIII. Betriebliche Vertrauensleutegremien .....	96
1. Begriff und Aufgabe .....	96
2. Rechtsnatur .....	97
3. Folgerung .....	98
IX. Schwerbehindertenvertretung .....	98
1. Allgemein .....	98
2. Rechtsstellung .....	98
3. Folgerung .....	99
X. Vertrauensmann der Zivildienstleistenden .....	100
XI. Ergebnis .....	100

§ 20: Betriebsverfassungsrechtliche Gremien auf Arbeitgeberseite . . . .	101
I. Arbeitgeber . . . . .	101
II. Betriebliche Führungskräfte . . . . .	102
1. Begriff . . . . .	102
2. Rechtsstellung . . . . .	102
3. Folgerung . . . . .	103
III. Leitende Angestellte . . . . .	103
IV. Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten . . . . .	104
1. Betriebsverfassungsrechtliche Zulässigkeit . . . . .	104
2. Stellungnahme . . . . .	105
V. Ergebnis . . . . .	106
§ 21: Neutrale betriebsverfassungsrechtliche Einrichtungen . . . . .	106
I. Einigungsstelle . . . . .	106
1. Einigungsstelle als Institution . . . . .	106
2. Einigungsstellenmitglieder . . . . .	107
a) Beisitzer . . . . .	107
b) Einigungsstellenvorsitzender . . . . .	108
II. Tarifliche Schlichtungsstelle . . . . .	108
III. Fachkräfte für Arbeitssicherheit . . . . .	109
IV. Datenschutzbeauftragter . . . . .	110
V. Gemeinsamer Ausschuß gem. § 28 Abs. 3 BetrVG . . . . .	110
1. Zusammenarbeit innerhalb des gemeinsamen Ausschusses . . . . .	111
2. Bindung des gemeinsamen Ausschusses als Gremium . . . . .	111
VI. Ergebnis . . . . .	112
§ 22: Überbetriebliche betriebsverfassungsrechtliche Einrichtungen . . . . .	112
I. Gesamtbetriebsrat, Konzernbetriebsrat und Gesamtjugendvertretung . . . . .	112
1. Gesamtbetriebsrat . . . . .	112
2. Konzernbetriebsrat . . . . .	113
3. Gesamtjugendvertretung . . . . .	113
II. Wirtschaftsausschuß . . . . .	114
1. Herrschende Meinung . . . . .	114
2. Gegenargumente . . . . .	114
3. Eigene Ansicht . . . . .	115
III. Gewerkschaftliche Vertrauensleute . . . . .	116
IV. Aufsichtsrat . . . . .	117
1. Ausstrahlung betriebsverfassungsrechtlicher Grund- sätze in das Recht der Unternehmensmitbestimmung . . . . .	117
2. Gegenargumente . . . . .	118
3. Aufsichtsratsmitglieder . . . . .	120
a) Grundsatz . . . . .	120

b) Ausnahme für Aufsichtsratsmitglieder, die zugleich Betriebsratsmitglieder sind? .....	120
4. Zwischenergebnis .....	121
V. Arbeitsdirektor .....	122
1. Grundsatz .....	122
2. Arbeitsdirektor als Vertreter des Arbeitgebers .....	122
3. Zwischenergebnis .....	123
VI. Ergebnis .....	123
<b>§ 23: Arbeitnehmer</b> .....	123
I. Meinungsstand .....	124
1. Herrschende Meinung .....	124
2. Gegenansicht .....	124
3. Frühe Stellungnahmen des BAG .....	125
II. Direkte Anwendung des § 2 Abs. 1 BetrVG auf die einzelnen Arbeitnehmer .....	125
1. Vertretungsargument .....	125
2. Eigene Ansicht .....	126
3. Zwischenergebnis .....	128
III. Analoge Anwendung .....	128
IV. Arbeitsvertragliche Pflichten .....	129
V. Ergebnis .....	130
<b>§ 24: Abdingbarkeit des § 2 Abs. 1 BetrVG</b> .....	130
I. BetrVG als schlechthin zwingende Regelung? .....	131
1. Argumentum e contrario .....	131
a) Befürwortende Stellungnahmen .....	131
b) Eigene Ansicht .....	132
2. Entstehungsgeschichte .....	132
3. Teleologische Auslegung .....	134
a) Struktur des BetrVG .....	134
b) Zweck des Gesetzes .....	134
c) Kompromißcharakter .....	135
4. Zwischenergebnis .....	136
II. Tarifvertragliche Abdingbarkeit des § 2 Abs. 1 BetrVG .....	136
1. Zulässigkeit und Grenzen tarifvertraglicher Rechtsetzung im Bereich des BetrVG .....	136
a) Außenseiterschutz .....	136
b) Tarifautonomie .....	137
2. Folgerung für § 2 Abs. 1 BetrVG .....	138
3. Zwischenergebnis .....	139
IV. Abdingbarkeit des § 2 Abs. 1 BetrVG durch die Betriebspartner .....	139
1. Meinungsstand .....	139



a) § 77 Abs. 3 BetrVG als generelle Ermächtigungsnorm	139
b) Regelungssperre entsprechend den Grenzen der Tarifautonomie	140
c) Koppelung an die funktionale Zuständigkeit des Betriebsrats	141
2. Sinn und Zweck des § 2 Abs. 1 BetrVG	141
V. Ergebnis	142
§ 25: Zusammenfassung	143
I. Unmittelbare Anwendung	143
II. Entsprechende Anwendung	143
III. Unanwendbarkeit	144
IV. Abdingbarkeit	144
<b>5. Kapitel: Verhältnis der vertrauensvollen Zusammenarbeit der Betriebspartner zum Gebot von Treu und Glauben</b>	
§ 26: Überblick	145
I. Problemstellung	145
II. Vorgehensweise	146
§ 27: Der Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB)	146
I. Grundsätzliches	146
1. Entwicklung der Generalklauseln	146
2. § 242 BGB auf dem Weg zur Billigkeitsjudikatur	147
3. § 242 BGB und heutiges Methodenverständnis	147
II. Wortlautauslegung	149
1. Begriffsinhalte	149
2. Anwendungsbereich	150
3. Zwischenergebnis	150
III. Entscheidungsmaßstab § 242 BGB	150
IV. Fallgruppenbildung	151
1. Systematisierung	151
2. Binnenstruktur des § 242 BGB	152
V. Ergebnis	153
§ 28: Vergleich von § 2 Abs. 1 BetrVG mit § 242 BGB	153
I. Überblick	153
II. § 242 BGB und Betriebsverfassungsrecht	154
1. Grundsätzliche Anwendbarkeit des § 242 BGB im Betriebsverfassungsrecht	154
2. Geltung des § 242 BGB im Verhältnis der Betriebspartner	154
III. Wortlautvergleich	156
1. § 242 BGB	156
2. § 2 Abs. 1 BetrVG	156
3. Vergleichbarkeit	157

IV. Inhaltliche Vergleichbarkeit .....	157
1. § 242 BGB .....	157
2. § 2 Abs. 1 BetrVG .....	158
3. Vergleichbarkeit .....	159
V. Vergleich der Funktionen .....	160
1. Auslegungsfunktion .....	160
2. Ergänzungsfunktion .....	161
a) § 242 BGB .....	161
b) § 2 Abs. 1 BetrVG .....	161
3. Begrenzungsfunktion .....	166
a) § 242 BGB .....	166
b) § 2 Abs. 1 BetrVG .....	166
4. Korrekturfunktion .....	168
a) § 242 BGB .....	168
b) § 2 Abs. 1 BetrVG .....	169
VI. Ergebnis .....	170
§ 29: Normkonkurrenz .....	171
I. Parallele Anwendung .....	171
1. Rechtsprechung .....	171
2. Eigene Ansicht .....	172
II. Rangfolge .....	173
1. Normative Rangfolge .....	173
2. Zeitliche Rangfolge .....	173
3. Inhaltliche Rangfolge .....	174
III. Terminologie .....	174
1. Konkretisierung .....	174
2. Spezialität .....	175
3. Bedeutung .....	176
IV. Ergebnis .....	177
§ 30: Zusammenfassung .....	177

## **6. Kapitel: Konkretisierung von Generalklauseln durch Fallgruppen**

§ 31: Überblick .....	179
I. Problemstellung .....	179
II. Gang der Untersuchung .....	180
§ 32: Entwicklung und Begriff der Generalklausel .....	180
I. Entwicklung der Generalklausel .....	180
II. Begriffsabgrenzung .....	183
§ 33: Konkretisierung durch Fallgruppen .....	185
I. Vorbemerkung .....	185

II. Präzisierung von Unbestimmtheit .....	185
1. Subsumtion .....	185
2. Ausbildung von Fallgruppen .....	186
3. Dogmatische Fundierung .....	187
III. Fallgruppen als Fallvergleichssystem .....	188
1. Systembildung und Rechtssicherheit .....	188
2. Fallvergleich .....	189
IV. Fallgruppen als Ersatztatbestandsmerkmale .....	190
1. Normersetzende Funktion der Fallgruppe .....	190
2. Von der Fallgruppe zum Typus .....	191
V. Ergebnis .....	193
<i>§ 34: Dogmatische Kritik der Fallgruppenmethode .....</i>	<i>194</i>
I. Vorbemerkung .....	194
II. Keine echte Tatbestandsmerkmalsbildung .....	195
III. Unvollständigkeit .....	197
IV. Gewaltenteilungsprinzip .....	198
1. Überschreitung der Rechtssetzungsmacht .....	198
a) Begriff und Funktion der Gewaltenteilungslehre .....	198
b) Bedenken gegen die Fallgruppen .....	199
c) Folgerung .....	201
2. Generalklausel als Rechtssetzungsdelegationsnorm? .....	201
V. Rechtsprechungspositivismus .....	202
1. Bindung an die Fallgruppen .....	202
a) Theoretisch: Keine Bindung .....	202
b) Praktische Lage .....	203
2. Lösungsversuche .....	204
a) Rechtsprechung als Rechtsquelle .....	204
b) Präsumtive Verbindlichkeit .....	205
3. Zwischenergebnis .....	207
VI. Ergebnis .....	208
<i>§ 35: Verfehlung der gesellschaftlichen Funktion der Generalklauseln .....</i>	<i>209</i>
I. Vorbemerkung .....	209
II. Funktion der Generalklauseln in der Rechtsordnung .....	209
III. Bewahrung dieser Funktion als Aufgabe .....	211
IV. Kritik der Fallgruppenmethode .....	212
V. Ergebnis .....	213
<i>§ 36: Zusammenfassung .....</i>	<i>214</i>

## **7. Kapitel: Folgerung für den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit**

<i>§ 37: Grundsätze des methodischen Vorgehens bei § 2 Abs. 1 BetrVG</i>	217
I. § 2 Abs. 1 BetrVG als Generalklausel	217
II. Fallgruppenübertragung	217
III. Hilfsfigur der Methodenlehre	218
IV. Kadijustiz	220
V. Vorgehensweise des Bundesarbeitsgerichts	220
VI. Ergebnis	224
<i>§ 38: Fallbeispiele</i>	225
I. Überblick über den bisherigen Anwendungsbereich des § 2 Abs. 1 BetrVG	225
II. Einblicksrecht in die Bruttolohn- und Gehaltslisten	227
1. Entscheidung vom 18. September 1973	227
2. Entscheidung vom 15. Juni 1976	231
III. Betriebsverfassungsrechtliche Kündigungsvorschriften	233
1. Entscheidung vom 15. September 1954	234
2. Entscheidungen vom 22. August 1974 und 27. Mai 1975	238
<i>§ 39: Systematisierung</i>	239
I. Grundsatz	239
II. Systematisierungsansätze	240
III. Verdeutlichung anhand eines Beispiels	242
1. Vorbemerkung	242
2. Einblicksrecht in die Bruttolohn- und Gehaltslisten gemäß § 80 Abs. 2 Satz 2 2. Halbsatz BetrVG	242
3. Aussagen über § 2 Abs. 1 BetrVG	244
IV. Ergebnis	245
<i>Literaturverzeichnis</i>	247